

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Daniel Halemba

Abg. Josef Zellmeier

Abg. Bernhard Pohl

Abg. Christoph Maier

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Zur Beratung rufe ich nun noch auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)**

**Unterstützung des 76. Sudetendeutschen Tages in Brünn (Drs. 19/12049)**

Ich eröffne die Aussprache und erteile Herrn Abgeordnetem Halemba das Wort.

(Beifall bei der AfD)

**Daniel Halemba (AfD):** Herr Präsident! Es ist Ende Mai. Die Sonne brennt gnadenlos. Tschechische Milizen treiben über 20.000 Deutsche, vor allem Alte, Frauen, Kinder, aus der Stadt. Bewaffnete Milizen hämmern gegen die Tür und schreien laut auf Tschechisch. Auch Anna wird mit ihrem Kind im Arm aus ihrem Haus getrieben.

Die Tschechen treiben diese Menschen wie Tiere vor sich her, bewaffnet und immer wieder von Hieben und Schüssen begleitet. Wer zusammenbricht, bleibt liegen und wird dem sicheren Tod überlassen oder gleich erschossen. Die Straßen sind gesäumt von Leichen, überall angstverzerrte Gesichter. Anna und ihr Sohn werden Dutzende Kilometer weit getrieben. Wer nicht schnell genug läuft, der wird auch erschossen. Andere Mütter schleppen ihre bereits toten Kinder noch kilometerweit. Auch Anna musste ihr Kind tragen. Es lebte noch.

27.000 Deutsche wurden so aus Brünn getrieben – nur weil sie Deutsche waren. 5.200 Deutsche aus Brünn starben. Anna und ihr Kind überlebten den langen, harten Marsch. Aber die Gefangenschaft in den Lagerhallen in der Stadt Pohořelice überlebten sie nicht. Viele starben dort an Seuchen und an Hunger.

Die Augenzeugenberichte bestätigen diese Erzählungen. Jirina Borecka berichtet dem Deutschlandfunk:

"Wir sind den ganzen Tag marschiert. Es war schrecklich. Wir waren alle total erschöpft. Irgendwann haben wir in einer Holzbaracke auf dem nackten Boden gelagert. [...] Viele Kinder sind dort gestorben."

Marie Ranzenhofer, eine Überlebende, sagte gegenüber Radio Prag:

Ich sah eine Frau mit einem schreienden Baby. Ein Wächter schrie sie an, es ruhig zu halten. Als es nicht aufhörte, nahm er das Baby und warf es ins Feld. Ich denke, er tötete es.

Roman Frait aus einer deutsch-tschechischen Familie berichtet gegenüber dem Deutschen Radio in Tschechien:

"Alte Leute wurden mit dem Gewehrkolben vorangetrieben. [...] Einer Frau nahmen sie das Kind weg und schlugen seinen Kopf gegen einen Baum. Ob das Kind vorher noch gelebt hatte, weiß ich nicht. Die Frau aber brach zusammen [...]."

Der Grund für die Vertreibung, für diese brutalen Morde war der politische Wille der damaligen tschechischen Regierung. Der Staatspräsident Beneš war ein überzeugter Sozialist, der bei dem Massenmord eng mit den Kommunisten zusammenarbeitete. Am 12. Mai 1945, ebenfalls in Brünn, sprach er Klartext zu seinem Denken: Wir müssen das deutsche Problem in der Republik definitiv liquidieren.

Und später in Prag, am 16. Mai, sagte er: Es wird nötig sein, vor allem kompromisslos, die Deutschen in den tschechischen Ländern und die Ungarn in der Slowakei auszulöschen.

Das war das Stichwort für den Massenmord in Brünn, die systematische Vertreibung und viele Morde an vielen weiteren Orten. Das war keine Begleiterscheinung des Krieges. Das war systematisch, brutal und völkerrechtswidrig, legitimiert durch die Beneš-Dekrete – die Papiere, die den Massenmord an den Deutschen vorwegnahmen, begründeten und rechtfertigten.

Es ist ein Skandal, dass sie immer noch gelten. Ich sage es klar und deutlich: Die Beneš-Dekrete müssen nun endlich aufgehoben werden.

(Beifall bei der AfD)

Es ist deshalb ein besonderes Zeichen, dass fast auf den Tag 81 Jahre nach dem Massenmord an den Brünner Deutschen die Deutschen aus Böhmen, Mähren und Sudetenschlesien erstmals wieder in Brünn zum Sudetendeutschen Tag zusammenkommen dürfen. Dafür kann man den Brünner Stadtoberen vor Ort ruhig auch danken.

Unter dem Motto "Alles Leben ist Begegnung" soll dort gelebt werden, was Europa eigentlich sein sollte: ehrliche Begegnung statt Verdrängung und Verleugnung. Als deutsches Volk leben wir weiter, und in Bayern sind die Sudetendeutschen unser vierter Stamm geworden.

Ein Grund, warum dieser Sudetendeutsche Tag in Brünn stattfindet, ist, dass die Beneš-Dekrete durch Tschechien niemals aufgehoben wurden. Insoweit unterscheidet sich unser heutiger Antrag von den anderen Anträgen. Die CSU hat die klare Ablehnung der verbrecherischen Beneš-Dekrete, die diese systematische und grausame Vertreibung ausgelöst haben, längst aufgegeben. Sie sind aber nicht ohne Nachwirkung auf die noch heute Lebenden und deren Nachkommen. Solange diese Dekrete in Kraft sind, gibt es keine Rückerstattung, für widerrechtlich enteignetes Hab und Gut beispielsweise. Ein Trauerspiel!

Wir als Bayern müssen die Schutzmacht der Sudetendeutschen sein. Das geht nur mit dem Einsatz für die Abschaffung dieser Dekrete. Was nützt ein politischer Antrag, wenn er den Kern des Problems nicht anspricht, liebe Kollegen von CSU, SPD und GRÜNEN?

Ich spreche aus tiefstem Herzen dafür, die Verbrechen der Vertreibung nicht zu vergessen; denn ich bin selbst Schlesier. Meine Familie stammt aus Oberschlesien. Und

ja, auch in meiner eigenen Verwandtschaft wurden Menschen aus ihrer Heimat vertrieben, wurden gepeinigt oder ermordet.

In unserer Fraktion haben wir einige Personen mit einer deutschen Ost-Geschichte. Uns als AfD-Fraktion liegt dieses Thema deshalb besonders am Herzen. Genau dieses Herz ist am Zerreißen, wenn wir an diese Schicksale denken. Ähnlich erging es nämlich auch den Deutschen in Ostpreußen, Pommern, Schlesien. Wir vergessen zum Beispiel nicht die Verschleppung Hunderttausender Banater Schwaben und Siebenbürger Sachsen in die Arbeitslager Sibiriens – in Viehwaggons, bei minus 40 Grad, ohne Hoffnung auf Rückkehr.

Und: Wir vergessen nicht die "Wilhelm Gustloff". Im Januar 1945 versenkte ein sowjetischer Torpedo das Schiff mit über 9.000 Ostpreußen-Flüchtlingen an Bord. Das größte Schiffsunglück der Geschichte!

Über 1,5 Millionen tote deutsche Zivilisten allein bei den Vertreibungen nach 1945 – das war keine Umsiedlung, das waren ethnische Säuberungen.

(Beifall bei der AfD)

Während wir uns mit der historischen Vertreibung unserer Landsleute auseinandersetzen, dürfen wir nicht die Augen davor verschließen, dass unser Volk heute erneut vor der Gefahr steht, verdrängt zu werden, diesmal aus unserer gesamten Heimat. In vielen Großstädten Westdeutschlands, aber auch in anderen Ballungsräumen ziehen sich Deutsche aus ganzen Stadtvierteln zurück, weil dort parallelgesellschaftliche Strukturen entstanden sind. Roma-Clans aus Osteuropa dominieren vorzugsweise im Ruhrpott Straßen und Plätze. Syrische und arabische Viertel wachsen wie Pilze aus dem Boden, beispielsweise hier am Münchner Hauptbahnhof. Ich denke, Sie alle kennen die Gegenden, wo deutsche Sprache und Kultur zunehmend zur Ausnahme werden. Ja, auch in Bayern gibt es die Gefahr der Ausweitung von Straßenzügen ohne Deutsche und von Stadtteilen ohne Deutsche.

(Staatsminister Dr. Florian Herrmann: Wo wäre das? Wo?)

Viele unserer Landsleute ertragen diese tägliche Erfahrung der Entfremdung und der Verdrängung durch Masseneinwanderung nicht länger. – Ja, Herr Staatsminister Herrmann, in Ihrem dicken Dienstwagen mit Chauffeur kommen Sie wahrscheinlich nicht am Hauptbahnhof vorbei und schauen sich dieses Viertel nicht an.

(Lebhafter Beifall bei der AfD – Widerspruch bei der CSU – Michael Hofmann (CSU): Sie sind eine Schande für dieses Parlament, Sie Rotzlöffel!)

Dort ist es nämlich so. Gehen Sie einmal dorthin und schauen Sie sich die Situation dort an!

Deshalb wandern viele aus – in die Schweiz,

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Frau Weidel!)

nach Österreich, in die Vereinigten Staaten, nach Norwegen oder in andere Länder. Das ist keine freiwillige Mobilität. Das ist auch Flucht – stille Flucht, Herr Hofmann.

(Michael Hofmann (CSU): Eine Schande sondergleichen!)

Es ist eine Vertreibung durch Ihre "Vielfalt", Herr Hofmann von der CSU, nicht durch Panzer, sondern durch demografische Überlagerung und kulturelle Überfremdung.

(Michael Hofmann (CSU): Die Art und Weise Ihres Vortrags ist dieses Parlaments nicht würdig! Unglaublich!)

Wer die Geschichte der Sudetendeutschen kennt, der erkennt die Parallelen. Wer seine Heimat verliert, verliert auf Dauer seine Identität.

Die Parallelen hören damit nicht auf. In einem Regionalzug sitzen an einem schönen Nachmittag des 25. Januar 2023 bei Brokstedt zwei junge Menschen, die gerade erst zueinander gefunden hatten, die 17-jährige Ann-Marie Kyrath und ihr 19-jähriger

Freund Danny. Sie sitzen nebeneinander, lachen vielleicht noch, träumen von der gemeinsamen Zukunft. Das ist junge Liebe.

(Michael Hofmann (CSU): Sie haben doch von Liebe keine Ahnung!)

Dann zieht ein staatenloser Palästinenser, der trotz etlicher Straftaten noch im Land bleiben durfte, ein Küchenmesser und sticht voller Hass zu.

(Widerspruch bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD  
– Harry Scheuenstuhl (SPD): Hass und Hetze ist das, was Sie hier erzählen!  
Hass und Hetze!)

Ann-Marie und Danny wurden grausam ermordet.

(Zurufe von der CSU, den GRÜNEN und der SPD)

Ja, ich verstehe, dass Sie hier hineinschreien und Ihnen das nicht gefällt; denn es sind Ihre Gäste, die so etwas anrichten.

Weitere Personen wurden schwer verletzt. Blutüberströmt, in Panik, mitten unter unschuldigen Fahrgästen lebt er seinen Hass auf seine Gastgeber aus.

(Zuruf des Abgeordneten Harry Scheuenstuhl (SPD))

Es ist niederschmetternd, wenn man an die Gesichter dieser jungen Menschen denkt – oder, Herr Scheuenstuhl von der SPD? –, deren Leben brutal ausgelöscht wurden. Benehmen sich so Schutzsuchende? So benehmen sich Besatzer und Eroberer, Leute, die uns vertreiben, brechen und unterwerfen wollen.

Die AfD wird unter Russlanddeutschen, Rumäniendeutschen, Sudetendeutschen und allgemein unter Ost-Vertriebenen besonders häufig gewählt. Diese wissen, was es bedeutet, zur Minderheit zu werden. Und dies gilt es heute zu verhindern.

(Beifall bei der AfD – Harry Scheuenstuhl (SPD): Wie lange geht das noch so?  
Wie lange müssen wir uns das noch anhören? Hass und Hetze ist das! Pfui!)

Liebe Kollegen von der SPD, ich verspreche Ihnen, dass wir es verhindern werden, zur Minderheit zu werden, auch wenn Sie gern den Bevölkerungsaustausch betreiben. Wir lassen das nicht zu!

(Lebhafter Widerspruch bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, echte deutsche Erinnerungskultur bedeutet nun einmal nicht endlose Buße; sie bedeutet, an unser Leid zu erinnern, ohne es zu relativieren. Es ist auch falsch, eine ewige kollektive Erbschuld bei den Tschechen zu suchen – so wie sie auch nicht bei uns Deutschen zu suchen ist.

(Beifall bei der AfD)

Es heißt, daraus zu lernen.

(Michael Hofmann (CSU): Sie haben nichts daraus gelernt!)

Wir stehen zu unserer Geschichte – vollständig und aufrecht, mit den deutschen Fehlern und auch den Verbrechen, die es gab; wir lernen ebenfalls aus diesen.

(Widerspruch bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Aber wir gedenken auch unserer Opfer; denn es sind unsere Leute, unsere Deutschen, und die Sudetendeutschen sind ein unsterblicher Teil Bayerns geworden. Die Sudetendeutschen sind in Bayern nun einmal längst der vierte Stamm geworden; sie haben hier eine neue Heimat gefunden und ihre Wurzeln dennoch nie vergessen. Bayern trägt deshalb eine besondere Verantwortung.

Mehr noch: In Zeiten, in denen ganz Europa mit einer beispiellosen Masseneinwanderung und der Auflösung gewachsener Identitäten konfrontiert ist, brauchen wir den Zusammenhalt der europäischen Völker mehr denn je.

Nur wenn wir ehrlich mit unserer eigenen Geschichte umgehen, mit Vertreibung, mit Leid, mit Unrecht – auf beiden Seiten! –, können wir gemeinsam stark sein. "Niemand vergessen!" gilt deshalb auch für Anna aus Brünn. "Niemand vergessen!" gilt auch für Ann-Marie aus Schleswig-Holstein. Wenn Europa sich seiner Geschichte nicht stellt, ist es dazu verdammt, diese zu wiederholen.

(Michael Hofmann (CSU): Dafür werdet ihr sorgen!)

Aufrichtiges Erinnern bedeutet, heute zu handeln, solange wir unsere Heimat noch retten können. – Danke schön.

(Beifall bei der AfD)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Für die CSU-Fraktion hat Herr Kollege Josef Zellmeier das Wort.

**Josef Zellmeier (CSU):** Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich bin entsetzt, wie man das historische Ereignis des ersten Sudetendeutschen Tages in Brünn, in der alten Heimat, zu einer derartigen Propagandarede

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

missbrauchen kann.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das war würdelos. Das war des Gedenkens an das Schicksal unserer Vorfahren – auch meiner Vorfahren; meine Mutter gehörte zu den Heimatvertriebenen aus der Tschechoslowakei – nicht würdig. Ich sage es ganz klar: Wir werden diesen Antrag jetzt aus noch größerer Überzeugung ablehnen,

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

weil selbst das, was in Teilen ganz vernünftig klingen mag, einen Gedanken im Hintergrund hat, den ich in keiner Weise teile und den auch die große Mehrheit dieses Hauses nicht teilt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das kommende Pfingstwochenende ist tatsächlich historisch. An Pfingsten finden traditionell die großen Pfingsttreffen der Heimatvertriebenen statt. Es ist ein historisches Ereignis, dass sich die Sudetendeutschen achtzig Jahre nach der Hauptwelle der Vertreibung im Jahr 1946 auf Einladung von "Meeting Brno" in Brünn einfinden. Das sollten wir positiv würdigen und nicht für Stimmungsmache missbrauchen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Sudetendeutschen sind Vorreiter der Versöhnung. Ich habe mir vorher etwas herausgesucht, und das sollte sich Herr Halemba einmal hinter die Ohren schreiben: Es handelt sich um ein Sühne- und Gelöbnisgebet von Pater Paulus Sladek, Mitbegründer der Ackermann-Gemeinde, der Gesinnungsgemeinschaft der katholischen Sudetendeutschen. Das Gebet entstand Anfang des Jahres 1946. Er war übrigens Jahrzehnte geistlicher Beirat der Ackermann-Gemeinde. Anfang 1946 waren die Vertreibungen bei Weitem noch nicht abgeschlossen. Die Hauptwelle kam erst im Jahr 1946. Pater Paulus Sladek hat damals dieses Gebet formuliert, das ein zentraler Bestandteil bei dieser Gründung war. Ich nehme nur ein paar Sätze heraus:

"Mit großem Leid hast Du uns heimgesucht, um unser Sünden willen. [...] Wir haben nicht nach den Sünden der anderen zu fragen, wir müssen die eigene Schuld bekennen. [...]"

Wir wollen es wieder ernst nehmen mit unseren Christenpflichten. Gedanken der Rache und neuer Vergeltung sollen nicht Macht gewinnen über unsere Herzen."

Einige Jahre später entstand die Charta der deutschen Heimatvertriebenen. Sie kennen sie alle. Dazu fand letztes Jahr in diesem Haus ein großer Gedenkakt statt. Das Besondere am Verhalten der deutschen Heimatvertriebenen und vorweg auch der Sudetendeutschen ist, dass man sich frühzeitig zur eigenen Schuld bekannt hat und dass man frühzeitig Versöhnung angeboten hat. Dafür wurde jahrzehntelang mit unterschiedlichen Nuancen gekämpft. Vorhin wurde Edmund Stoiber zitiert, der aus

der damaligen Zeit heraus gesagt hat: Solange die Beneš-Dekrete nicht aufgehoben sind, geht er nicht nach Tschechien. – Wir wissen alle, dass diese Aussage in der damaligen Zeit sicherlich richtig war. Heute sind wir einen wesentlichen Schritt weiter. Dafür ist "Meeting Brno" und ist das, was in Tschechien passiert, ein wichtiges Zeichen.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Die Beneš-Dekrete sind natürlich Unrecht. Das haben die Bayerische Staatsregierung und die Bundesregierung immer so gesagt und sagen das bis heute. Aber – und das will ich auch sagen – derartige Akte wie diese Dekrete aufzuheben, können die Tschechen nur selbst unternehmen, wenn sie ein eigenes Bewusstsein entwickeln. Dazu müssen wir Initiativen wie "Meeting Brno" unterstützen und dürfen hier nicht irgendwelche Formeln beschließen. Das verhetzt nur und bringt keine Zukunft. Das möchte ich an dieser Stelle deutlich sagen.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Links- und rechtsradikale Hetzer in der Tschechischen Republik haben verursacht, dass das tschechische Parlament sich negativ geäußert hat. Gott sei Dank übernimmt der Staatspräsident für "Meeting Brno" die Schirmherrschaft. Das zeigt, dass es sich bei den Hetzern nicht um die Mehrheit in Tschechien handelt, dass Versöhnung im Vordergrund steht, und der Todesmarsch seit nunmehr zwanzig Jahren zum Versöhnungsmarsch geworden ist. Ich möchte insbesondere die Haltung der städtischen Führung in Brünn würdigen, die ganz geschlossen hinter dem Sudetendeutschen Tag steht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir Deutschen haben auch lange gebraucht, alle Aspekte unserer Schuld anzuerkennen. Das war kein einfacher Weg. Natürlich war die deutsche Schuld so dramatisch, dass man daran nicht vorbeigehen konnte. Wenn wir überlegen, wie lange es gedauert hat, alle Teilbereiche wirklich ernsthaft aufzuar-

beiten, dann wissen wir, dass das in Tschechien auch noch ein langer Weg sein wird, der über Jahrzehnte durch den Kommunismus blockiert war.

Zu Herrn Halemba möchte ich im Übrigen noch eines sagen: Die AfD ist im Europaparlament in der gleichen Fraktion wie die SPD von Tomio Okamura. Er ist einer der Hetzer in Tschechien und auch einer derjenigen, die die genannte Kampagne anführen. Mit Okamura sitzen Sie in der gleichen Fraktion. Haben Sie darüber schon mal nachgedacht?

(Beifall bei der CSU – Michael Hofmann (CSU): Hört, hört! Pfui Teufel!)

Sie verbrüdern sich im Europäischen Parlament mit denjenigen, die die Sudetendeutschen als fünfte Kolonne bezeichnen und die Initiativen der Versöhnung zur Hetze und zur Kampagne missbrauchen. Das sind Ihre Gesinnungsgenossen im Europäischen Parlament.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Ich will das aber nicht zu weit ausführen. Ich glaube, das ist genug, und jedem, der weiß, wie das abläuft, nämlich ein paar schöne Worte und dann folgen Kampagne und Propaganda, und allen Heimatvertriebenen, deren Nachfahren, den Aussiedlern und Spätaussiedlern sei gesagt: Mit derartiger Politik schafft man keine Zukunft, sondern man schafft leider Gottes negative Seiten, wie sie in der Vergangenheit der Fall waren.

Die Charta der deutschen Heimatvertriebenen schließt mit folgendem Satz:

"Wir rufen Völker und Menschen auf, die guten Willens sind, Hand anzulegen ans Werk, damit aus Schuld, Unglück, Leid, Armut und Elend für uns alle der Weg in eine bessere Zukunft gefunden wird."

Das tun die Sudetendeutschen, das tun "Meeting Brno" und viele andere in Tschechien. Diesen Weg sollten wir gehen und keinen anderen.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Herr Kollege Zellmeier. – Herr Kollege Jürgen Mistol hat mir signalisiert, dass er unter Verweis auf seine Rede zum Thema "Sudetendeutscher Tag in Brünn – Frieden, Erinnerung und Aussöhnung stärken" auf Drucksache 19/12046 auf einen weiteren Wortbeitrag verzichtet. Seine Rede ist zu Protokoll genommen und kann dem Protokoll entnommen werden. – Nächster Redner ist deshalb für die Fraktion der FREIEN WÄHLER Herr Kollege Bernhard Pohl.

**Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER):** Herr Präsident, Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Normalerweise setze ich mich mit allen Anträgen, seien sie auch noch so schräg, sachlich auseinander. Mit diesem Antrag werde ich mich in der Sache nicht auseinandersetzen, und ich will Ihnen das auch begründen.

Die AfD sitzt im Europaparlament mit der SPD in einer Fraktion. Herr Kollege Zellmeier hat das gerade ausgeführt. Damit hier keinerlei Missverständnisse auftreten: Bei der tschechischen SPD handelt es sich nicht um unsere geschätzten Sozialdemokraten, sondern um eine Partei, die sich Freiheit und direkte Demokratie nennt. Sie ist Urheber des unsäglichen Antrags im tschechischen Parlament, der sich vor wenigen Tagen gegen den Sudetendeutschen Tag gerichtet hat. Ich glaube, mehr Doppelzüngigkeit geht nicht. Deswegen verbietet es sich, sich sachlich mit solchen Anträgen auseinanderzusetzen. Ihre Freunde in Tschechien bekämpfen den Sudetendeutschen Tag.

(Christoph Maier (AfD): Das sind nicht unsere Freunde!)

Und Sie tun so, als wären Sie Freunde der Heimatvertriebenen, als würden Sie einen Funken Respekt vor der Lebensleistung dieser Menschen haben.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Es gibt noch jemanden, der streng und fest an eurer Seite stand und steht. Er hat sich in unsäglicher Weise über unsere sudetendeutschen Landsleute ausgelassen.

Wenn Sie sich an den 30. April 2016 erinnern, werden Sie es sich denken können. Was ereignete sich an diesem Tag? – Frau Ebner-Steiner nickt schon wissend. Damals fand nämlich ein Bundesparteitag der AfD in Stuttgart statt. Und wer war der Stargast? – Václav Klaus. Für all diejenigen, die nicht wissen, wer Václav Klaus ist: Er war Staatspräsident und führender Repräsentant der Tschechischen Republik in den 1990er- und Anfang der 2000er-Jahre. Das war einer, der es abgelehnt hat, sich für das Unrecht der Vertreibung zu entschuldigen. Aber dazu kommt noch mehr: Er hat es gerechtfertigt, indem er gesagt hat: Es gibt eine Kollektivschuld Deutschlands, die Vertreibung war die logische Folge des Nationalsozialismus und eine Präventivmaßnahme, damit die Deutschen nicht wieder auf irgendwelche nationalistischen Ideen kommen und Tschechien schaden. Deswegen musste man sie vertreiben. – Das sind Ihre Freunde, und das sind diejenigen, mit denen Sie sich gemein machen.

(Widerspruch bei der AfD)

Um das Ganze nochmals auf den Punkt zu bringen: Von einer Gruppierung, die sich patriotisch nennt – ich kann dazu nur sagen: sowjet-patriotisch – lädt diesen Václav Klaus am 3. Oktober 2019 zum Nationalfeiertag und damit zur Feier des Gedenkens an die Wiedervereinigung ein. Das ist Ihr Geschichtsbild, das ist Ihr Respekt vor unseren sudetendeutschen Landsleuten, und deswegen kann man sich nicht sachlich mit solchen Anträgen auseinandersetzen.

Ich bin der letzte Redner am heutigen Tage und möchte die letzten 90 Sekunden jetzt wenigstens dazu nutzen, wieder etwas Positives zu sagen. Vergessen wir diesen Antrag, und freuen wir uns. Freuen wir uns auf das Wochenende! Freuen wir uns auf den Sudetendeutschen Tag in Brünn!

Ich freue mich sehr, dass Vertreter aller demokratischen Fraktionen dieses Hauses dort sein werden; denn dieser Tag ist genauso ein Meilenstein wie der 4. Dezember 2014. Was war am 4. Dezember 2014? – An diesem Tag hat Ministerpräsident Horst Seehofer mit dem tschechischen Ministerpräsidenten Bohuslav Sobotka die

bayerische Vertretung in Prag eröffnet. Ich durfte damals dabei sein, und ich bin mit dem Kollegen Lukáš Pleticha von den wirklichen Sozialdemokraten – nicht dieser SPD – noch den ganzen Tag im Parlament zusammen gewesen. Das war damals ein historischer Tag, und es wird jetzt ein historisches Wochenende werden.

Wir – die bayerische und deutsche Seite sowie die tschechische Seite – werden uns von Extremisten von rechts und links nicht von unserem Weg der Versöhnung abbringen lassen. Damit leisten wir einen Beitrag zum Frieden zwischen Bayern und Böhmen und zum Frieden in Mitteleuropa. Außerdem senden wir damit ein ganz starkes Signal in Richtung Russland zu Ihrem Freund Wladimir Putin

(Zurufe von der AfD: Ah!)

und in Richtung Iran, zu dessen Verbündeten, die Menschenrechte mit Füßen treten und die genau das Gegenteil von dem verkörpern, was wir hier zum Ausdruck bringen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Es gibt noch eine Zwischenbemerkung des Herrn Abgeordneten Maier von der AfD-Fraktion.

**Christoph Maier (AfD):** Sehr geehrter Herr Kollege Pohl, Sie unterstellen uns mit Ihrer Äußerung, dass das unsere Freunde gewesen seien. Haben Sie Hinweise darauf, wer alles unsere Freunde sind und wie sich unsere Freundschaften zusammensetzen?

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das kann man gar nicht wissen!)

Es sind Personen, die Meinungen geäußert haben, die wir uns allerdings in keinem Fall automatisch zu eigen machen müssen. Das ist der erste Punkt, den ich klarstellen möchte.

Der zweite Punkt ist: Sie sagen, Sie könnten unserem Antrag auf keinen Fall zustimmen. Unser Antrag unterscheidet sich inhaltlich aber nur in einem wesentlichen Punkt von den anderen heute besprochenen Anträgen,

(Felix Freiherr von Zobel (FREIE WÄHLER): Das hat Herr Halemba anders gesagt!)

und das ist der Punkt der Beneš-Dekrete. Hinsichtlich der Aussöhnung sind wir alle einer Meinung.

Meine konkrete Frage an Sie, der Sie auch Jurist sind: Halten Sie die Beneš-Dekrete im Rahmen der europäischen Werteordnung für aufrechtzuerhalten, oder ist es nicht Zeit, ehrlich miteinander umzugehen? Wenn man eine europäische Zukunft haben möchte, dann gehört es doch dazu, dass man sich ehrlich macht und sagt: Die Beneš-Dekrete stehen im Widerspruch zur europäischen Rechts- und Werteordnung; sie müssen angesprochen und aufgehoben werden. – Sind Sie dieser Meinung oder nicht?

**Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER):** Sie werden mich nicht locken, Herr Kollege.

(Zurufe von der AfD: Oh!)

Ich habe Ihnen gesagt, warum wir uns nicht sachlich mit Ihrem Antrag auseinandersetzen. Wenn Sie meine und die Meinung meiner Fraktion zu den Beneš-Dekreten kennenlernen wollen, dann können Sie das anhand zahlreicher Äußerungen nachvollziehen.

(Zuruf von der AfD)

Jetzt noch etwas anderes. Sie sagten, das seien nicht Ihre Freunde. Es ist schon ein merkwürdiges Verständnis, wen man dann zu einem Parteitag einlädt. Ich habe jedenfalls bei den FREIEN WÄHLERN noch nie das Bedürfnis verspürt, irgendwelche Altstalinisten oder Menschen, die sich gegen deutsche Interessen wenden, auf Parteitage einzuladen, was ihr als angebliche Patrioten wie selbstverständlich tut.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Herr Kollege Pohl. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 19/12049 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind alle anderen Fraktionen. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 19/12050 mit 19/12052 werden im Anschluss an die heutige Sitzung in den jeweils zuständigen federführenden Ausschuss verwiesen.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 17:34 Uhr)